Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Deutscher Bundestag

Ausschussdrucksache 18(18)140 a *neu*

29.10.2015

Prof. Dr. Christian Kreiß,
Hochschule für Wirtschaft und Technik Aalen

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

„Wissenschaftliche Verantwortung“

am Mittwoch, 4. November 2015

Stellungnahme zum Fachgespräch Wissenschaftliche Verantwortung

Dr. Christian Kreiß

28.Oktober 2015

Geldinteressen und wissenschaftliche Verantwortung

Lehren aus der VW-Affäre

Die aktuelle VW-Affäre zur Manipulation wissenschaftlicher Daten zeigt, was geschehen kann, wenn in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Großunternehmen bei den wissenschaftlichen Ergebnissen Interessenskonflikte zwischen Wahrheit und Gewinn auftreten. Dann weicht häufig die Wahrheit bzw. die wissenschaftliche Verantwortung dem Gewinnziel. Das überrascht insofern wenig, als Industrieforschung letzten Endes den Zweck hat, die Unternehmensgewinne zu sichern oder zu erhöhen.

Das gilt grundsätzlich auch, wenn Unternehmen Geldzuwendungen an Hochschulen in Form von Drittmitteln geben. Wenn daher Industriegelder an Hochschulen fließen, kann man davon ausgehen, dass damit im Normalfall, ähnlich wie bei VW, ein Zweck verfolgt wird, das Gewinnziel.

Erkaufte Glaubwürdigkeit durch scheinbar unabhängige Wissenschaft

Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte bestätigt an Hand zahlloser Fälle, dass Verflechtungen von Industrie und Hochschulen häufig eine unheilsame Allianz darstellten. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Tabakindustrie: Jahrzehntelang finanzierte sie Universitätsforschung, die die gewünschten Ergebnisse produzierte. Scheinbar unabhängige Hochschulforscher kamen in ihren manipulierten wissenschaftlichen Studien zu dem Ergebnis, dass Rauchen oder Passivrauchen nicht oder kaum gesundheitsschädigend sei. Solche Studien verhinderten über Jahrzehnte hinweg Gesetze zum Schutz von Nichtrauchern – zu Gunsten der Unternehmensgewinne.[1] Diese Vorgehensweise brachte der Tabakindustrie laut Angaben des US-Justizministeriums von 1954 bis 2004, inklusive Zins und Zinseszins, etwa 742 Mrd. Dollar Zusatzgewinne ein.[2] Strafzahlungen wurden nicht verhängt, die Strategie war aus Konzernsicht sehr lukrativ.

Ähnliche Fälle wurden auch in anderen Branchen bekannt: Durch die Chemieindustrie finanzierte wissenschaftliche Studien, die die Schädlichkeit von Dioxin und anderen Schadstoffen bestritten[3], von der Gentechnikindustrie finanzierte Studien, die die Bedenkenlosigkeit von genveränderten Lebensmitteln aufzeigten usw.[4] Scheinbar unabhängige Forschung wurde häufig zu Marketingzwecken missbraucht. Wissenschaftliche Verantwortung wurde immer wieder Gewinnzwecken geopfert.

Das Grundprinzip dabei ist einfach: Die Industrie versucht, den Ruf unabhängiger Universitäten für eigene Zwecke zu nutzen. Veröffentlicht ein Konzernmitarbeiter eine Studie, so wird diese

[1] Vgl. Kreiß 2015: S.22ff.
[2] Vgl. Adams 2007: S. 17.
[3] Vgl. Kreiß 2015: S.39ff.
[4] Vgl. Kreiß 2015: S.66ff.

weit kritischer von Medien, Politikern und Bevölkerung beurteilt, als eine scheinbar unabhängige Studie eines scheinbar unabhängigen Forschers an einer unabhängigen Hochschule. Zum Beispiel würde eine Studie von Coca Cola, die belegt, dass zuckerhaltige Softgetränke nicht sehr ungesund sind, sicherlich weit kritischer hinterfragt als eine ebensolche Studie, die von scheinbar unabhängigen, in Wirklichkeit jedoch von Coca Cola finanzierten Wissenschaftlern einer renommierten Universität erstellt wurde, was beispielsweise 2008 tatsächlich geschah.[5]

Anschwellende Drittmittel aus der Industrie

Der Strom an Industriegeldern, der in deutsche Hochschulen fließt, nimmt seit Jahren zu. Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass Unternehmen Geld, auch solches an Hochschulen, im Normalfall nur ausgeben, wenn es sich lohnt. Auf der anderen Seite sind Hochschulen und einzelne Forscher immer stärker auf Industriemittel angewiesen. Beinahe 50% der gesamten deutschen Hochschulforschung[6] und etwa 40% aller wissenschaftlichen Hochschulmitarbeiter sind derzeit über Drittmittel finanziert. Dabei stammt der größte Teil dieser Gelder, über 70%, von der öffentlichen Hand.[7]

Zum einen stieg die staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen in den letzten Jahrzehnten, gemessen an den erwarteten Forschungsleistungen in den Augen vieler Hochschulrektoren zu schwach an, so dass Drittmittel, auch solche aus der Industrie, häufig willkommen sind. Für einzelne Forscher ist zum anderen die Annahme von Industriemitteln häufig attraktiv, weil sie die eigenen Forschungsspielräume erweitern oder Karrierechancen eröffnen.

Um einseitiger Einflussnahme von Industrieseite vorzubeugen, gibt es Empfehlungen für die Einrichtung von Stiftungsprofessuren durch private Förderer vom industrienahen Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.[8] Diese sehen vor, dass Unabhängigkeit, Freiheit von Forschung und Lehre, Transparenz, Schriftform und Verzicht auf Beeinflussung gewährleistet sein sollen. An die Empfehlungen des Verbandes sind allerdings weder die empfangenden Hochschulen noch die Geldgeber gebunden. In vielen Fällen werden sie nicht eingehalten. Zwei prominente Beispiele dafür sind die beiden Großkooperationen Bayer Healthcare mit Universität Köln und Boehringer Ingelheim Stiftung mit Universität Mainz.[9] Beide Kooperationsverträge wurden bis heute nicht veröffentlicht.

Aktuelle Beispiele für Einflussnahmen durch industrielle Geldgeber

Doch selbst wenn die Kooperationsverträge veröffentlicht und die Empfehlungen des Stifterverbandes befolgt werden, findet strukturell eine Einflussnahme durch die Geldgeber statt. Zwei Beispiele hierfür: das ZAAR München und das EWI Köln.[10]

Das Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München (ZAAR) nahm 2004 seine Arbeit auf. Finanziert wird es durch 55 Millionen Euro, die drei Arbeitgeberverbände zur Verfügung stellten. Obwohl bei der Gründung des Instituts,

---

[5] Vgl. FAZ online: Süße Seilschaften, 23.7.2015

[6] Destatis, Bildungsfinanzbericht 2013, S.61. Demnach betrugen die gesamten Forschungsausgaben deutscher Hochschulen 2010 12,6 Mrd. Euro, davon waren 6,6 Mrd. Euro Grundmittel, 6 Mrd. Euro Drittmittel. Im Jahr 2000 betrug das Verhältnis von Grund- zu Drittmitteln 5,1 zu 3,0 Mrd. Euro.

[7] Vgl. Kreiß 2015: S.11ff.

[8] Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2011

[9] Vgl. Spiegel online 8.7.2015

[10] Vgl. Kreiß 2015: S.108ff. und 119ff.

das heute knapp 50 Personen beschäftigt, die Richtlinien des Stifterverbandes eingehalten wurden, zeichnet sich das ZAAR durch arbeitgebernahe Forschungsergebnisse aus. Das überrascht nicht. Wer bewirbt sich auf solche Stiftungsprofessuren? Anhänger von Arbeitgeber- oder von Gewerkschaftspositionen?

Ein zweites Beispiel ist das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI), das u.a. stark durch EON und RWE finanziert wird. Dessen wissenschaftliche Gutachten kommen häufig zu Ergebnissen, die vorteilhaft für diese beiden Geldgeber sind.

Solche von Industrieseite finanzierte Institute verzerren m.E. die Wissenschaftsfreiheit an Hochschulen zu Gunsten kapitalkräftiger Geldgeber, die damit ihre Interessen durchsetzen und Einfluss auf Forschungsschwerpunkte und -inhalte nehmen. Bei freiem Spiel der Marktkräfte auf dem Gebiet der Wissenschaft würden die Forschungsinhalte der Hochschulen langfristig durch die Größe der Kapitalkraft gesteuert, nicht durch einen freien wissenschaftlichen Diskurs oder durch die Bedürfnisse der Bürger.

Pharmaindustrie: durch Gewinninteressen beeinflusste Gesundheitsstudien

Derzeit werden 90% aller veröffentlichten klinischen Arzneimittelstudien durch die Pharmaindustrie finanziert.[11] Etwa 50% aller Studienergebnisse werden nicht veröffentlicht. Dabei handelt es sich meist um für die Geldgeber ungünstige Ergebnisse, die man nicht veröffentlichen will. Bei etwa 11% aller aktuell veröffentlichten wissenschaftlichen Pharmastudien liegt Ghostwriting vor, das heißt Studien, die durch Mitarbeiter von Pharmaherstellern erstellt und zur Unterschrift „unabhängigen“ Wissenschaftlern vorgelegt werden, die formal als Autoren auftreten, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Zweck von Ghostwriting-Studien ist, die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse zu erhöhen. Durch Geldinteressen beeinflusste Pharmastudien sind mithin die Regel, neutrale Studien die Ausnahme in der heutigen Arzneimittellandschaft.[12]

Aufgrund solcher wissenschaftlicher Missstände wurden im Dezember 2014 in Deutschland durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) 80 Medikamente vom Markt genommen, die zuvor jahrelang von Bürgern eingenommen wurden. Über 80% davon wurden im August 2015 dauerhaft verboten[13], mit anderen Worten: Es gab keinen evidenzbasierten wissenschaftlichen Nachweis für ihre Wirksamkeit. Renommierte unabhängige Fachleute umschreiben die heutige Forschungssituation im Gesundheitswesen wie folgt: „Das bedeutet, die Belege, auf denen unsere Entscheidungen in der Medizin basieren, werden systematisch verfälscht, um den Nutzen der verwendeten Medikamente aufzubauschen. [...] Das ist wissenschaftliches Fehlverhalten in großem Stil, auf internationaler Ebene.“[14] Wissenschaftliche Verantwortung wird hier strukturell Gewinninteressen geopfert.

Die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut in Berlin (STIKO)

Die STIKO erstellt Richtlinien zu Impfungen in Deutschland, die maßgeblich darüber entscheiden, welche Impfungen durchgeführt werden. Die Mehrheit der 17 wissenschaftlichen Mitglieder dieser Kommission erhält Zuwendungen aus der Pharmaindustrie. Eines der Mitglieder musste nachweislich mindestens 10 Mal bei Abstimmungen wegen Befangenheit

[11] Vgl. Goldacre 2013: S. 203.
[12] Vgl. Kreiß 2015: S.44ff.
[13] http://www.bfarm.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/mitteil2015/pm16-2015.html;jsessionid=6A6B130FBE0636407C2BDA348EFE184A.1_cid340, abgerufen 26.10.2015
[14] Goldacre 2013: S.110

bzw. Interessenkonflikten den Raum verlassen.[15] Wie ist es um die wissenschaftliche Verantwortung in der STIKO bestellt? Weshalb gehören dem Gremium mehrheitlich Mitglieder an, die offensichtlich Interessenkonflikte haben? Eine Vereinigung freier Ärzte fordert die sofortige Auflösung der STIKO und anschließende Neubesetzung durch unabhängige Fachleute. Dieser Forderung würde ich persönlich mich anschließen können.

Industrieeinfluss auf Forschung mit Staatsgeldern

Die direkte Finanzierung durch Industrieunternehmen ist jedoch nur eine Möglichkeit, Einfluss auf die Forschung zu nehmen. Eine andere Form des Wissenschaftslobbyismus erweist sich als weitaus problematischer.

Die deutsche Bundesregierung stellte im Rahmen der Hightech-Strategie von 2009 bis 2013 insgesamt 23 Milliarden Euro Forschungs-Fördermittel zur Verfügung.[16] Das 8. Rahmenprogramm der EU von 2014 bis 2020, in dem die Schwerpunkte der geplanten Forschungsförderung festgelegt werden, verfügt über insgesamt etwa 80 Milliarden Euro Forschungsgelder. Die deutschen Forschungsmittel verteilt maßgeblich das BMBF, das Bundesministerium für Bildung und Forschung.[17] Wer entscheidet darüber, in welche Forschungsprojekte diese Mittel gesteckt werden? Wer legt die Forschungsagenden fest und setzt damit die Rahmenbedingungen für die Forscher, die sich am Ende um diese Mittel im Rahmen von Drittmittelprojekten bewerben?

Die Hightech-Strategie der Bundesregierung: Ein Subventionsprogramm für die Industrie und ihre Eigentümer statt für die Bürger?

Über die im Rahmen der Hightech-Strategie vergebenen Steuermittel berieten bis vor Kurzem im Wesentlichen zwei Gremien, in denen Wirtschaftsvertreter die absolute Mehrheit hatten. Das führte dazu, dass bei den Forschungsagenden bevorzugt auf Produktinnovation und Technikentwicklung gesetzt wurde, die häufig direkt von der Industrie genutzt werden konnten, während etwa auf sozial-ökologische Forschungsprojekte in der Vergangenheit weniger als ein Prozent aller Forschungsmittel entfiel.[18]

Im März 2015 wurde die Begleitung der Hightech-Strategie auf das Hightech-Forum übertragen, in dem sich auch Vertreter gesellschaftlicher Gruppierungen finden.[19] Wenn man von den beiden Vorsitzenden und den drei Regierungsangehörigen absieht, stehen den sechs Vertretern der Wirtschaft sechs Vertreter gesellschaftlicher Gruppen gegenüber, dazu kommen sechs Vertreter der Wissenschaft. Richtet man den Blick auf das Kräfteverhältnis zwischen Mitgliedern aus Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen, liegt formal Ausgeglichenheit vor.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass auch in dem neu gebildeten Hightech-Forum die Vertreter von Wirtschaftsinteressen gegenüber anderen gesellschaftlichen Vertretern bevorzugt sind. Unter den Vertretern gesellschaftlicher Gruppen befinden sich zwei Personen, die m.E. nicht den gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden sollten: Der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Generalsekretär einer großen Unternehmensstiftung. Außerdem findet sich unter den Vertretern der Wissenschaft ein früherer Vorstand eines bekannten deutschen Großunternehmens, der m.E. den Wirtschaftsvertretern zugeordnet werden sollte. Im Ergebnis überwiegen

[15] Vgl. Hirte 2012: S.27ff.
[16] Ober 2014: S.51f.
[17] Vgl. Kreiß 2015: S.143ff.
[18] Vgl. Ober 2014: S.52
[19] Vgl. zum Folgenden: Deutscher Bundestag, Ausschussdrucksache 18(18)87, 16.3.2015

Wirtschaftsvertreter gegenüber gesellschaftlichen Vertretern deutlich. Daher ist meiner Einschätzung nach zu befürchten, dass sich an den in der Vergangenheit stark an Industrieinteressen ausgerichteten Forschungsprioritäten durch die Konstituierung des neuen Gremiums nicht viel ändern wird.

Diese Befürchtungen werden unter anderem durch die Forschungsagenden im Rahmen der BMBF-Förderinitiative "Kopernikus-Projekte für die Energiewende" vom 7. September 2015 bestätigt, die explizit als partizipativer Prozess aufgesetzt war. Im Ergebnis zeigen die aktuell verabschiedeten vier Kopernikus-Projekte, dass erneut eine starke Verengung der Forschungsfragestellungen auf Interessen der Industrie stattfand – im Wesentlichen die Sicherstellung der Strom- und Netzversorgung – unter Ausschluss breiter gesellschaftlicher Fragestellungen wie Energieeinsparung bei Mobilität und Gebäuden oder Erhöhung der Ressourceneffizienz.[20]

Ähnlich verhält es sich auf europäischer Ebene. Dort dominiert die Interessenvertretung der Industrie in den relevanten Entscheidungsgremien. Nach Aussage des europäischen Verbraucherschutzverbandes BEUC werden die Kosten der Forschung dadurch sozialisiert, der Nutzen aber zu Gunsten der Industrie privatisiert.[21] So findet auf höchster Ebene Industrielobbyismus in der Forschung statt, zu Gunsten der Unternehmensgewinne und nicht zwingend zum Vorteil der Bürger.

Fazit

Die Einflussnahme durch Industrievertreter auf Forschungsagenden an deutschen Hochschulen wurde in den letzten Jahrzehnten immer stärker und es ist zu befürchten, dass dieser Einfluss auch in der Zukunft steigen wird, wenn nicht politische Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Unternehmensvertreter sind primär den Gewinnen ihrer Anteilseigner verpflichtet, nicht dem Gemeinwohl. Vorstände und Geschäftsführer werden von den Eigentümern bestellt und müssen vor ihnen Rechenschaft ablegen, nicht vor der Allgemeinheit. Dabei sollte man sich darüber im Klaren sein, dass die Konzentration bei Unternehmenseigentum sehr stark ist. So kontrollieren in Deutschland 7700 bzw. 0,02 Prozent aller deutschen Haushalte über die Hälfte des deutschen Betriebsvermögens.[22] Daher besteht die Gefahr, dass Partikularinteressen immer stärker Forschungsschwerpunkte an deutschen Hochschulen beeinflussen.

Abhilfen

Im Ergebnis zeigt sich, dass über Industrieeinfluss von zwei Seiten her, durch direkte Zahlungen an Hochschulen und Hochschulforscher sowie durch Einflussnahme auf staatliche Forschungsförderung die Forschungsschwerpunkte zunehmend von Geldinteressen beeinflusst werden. Auch ein Blick in die Hochschulräte zeigt eine starke Dominanz von Industrievertretern gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessenvertretern. [23]

Man könnte diesen Entwicklungen Einhalt gebieten, indem man die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessert. Die Bundesregierung könnte zum Beispiel 1,4 Mrd. Euro, in etwa die Summe, die jährlich in Form von Stiftungsprofessuren und anderen Zuwendungen direkt von der Wirtschaft an die Hochschulen fließt, umwidmen und sie direkt an die Hochschulen überweisen statt indirekt über Drittmittelprojekte. Das ist nur ein kleiner Teil der jährlich für

[20] Vgl. BMBF Bekanntmachung vom 7.9.2015
[21] Meier et al. 2012: S. 71f.
[22] Wehler 2013: S.74
[23] Vgl. Schneidewind/Singer-Brodowski 2014: S. 336

die Hightech-Strategie ausgegebenen Mittel. Dieser Betrag würde bereits ausreichen, um sämtliche direkte Geldzuflüsse aus der Industrie an Hochschulen und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten einzustellen.

Außerdem sollte es Pharmaunternehmen nicht mehr gestattet sein, die klinische Prüfung ihrer eigenen Medikamente zu kontrollieren. Dazu könnte man ein neutrales Institut gründen, das aus einer Abgabe auf Werbeausgaben der Pharmaunternehmen finanziert werden könnte.[24]

Ferner sollten in Gremien, die Regierungsstellen beraten oder über öffentlich-rechtliche Belange entscheiden, beispielsweise Hochschulräte, die außerakademischen Vertreter nicht ausschließlich oder mehrheitlich aus der Industrie kommen, sondern möglichst viele Interessen aus der Gesellschaft repräsentieren, sodass eine stärkere Balance der gesellschaftlichen Kräfte hergestellt wird. Dadurch könnte wissenschaftliche Verantwortung wieder dorthin zurückdelegiert werden, wohin sie eigentlich gehört: Zu unabhängigen Wissenschaftlern statt zu kapitalkräftigen Geldgebern.

Literatur

- Adams, Michael (Hg.): Das Geschäft mit dem Tod. Der größte Wirtschaftsprozess der USA und der Anfang vom Ende der Tabakindustrie, Zweitausendeins: Frankfurt a. M. 2007
- Angell, Marcia: Der Pharma Bluff. Wie innovativ die Pillenindustrie wirklich ist, KomPart: Bad Homburg 2005
- BMBF Bekanntmachung vom 7.9.2015, https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung.php?B=1084 Stand 25.10.2015
- Destatis, Bildungsfinanzbericht 2013
- Deutscher Bundestag, Ausschussdrucksache 18(18)87, 16.3.2015
- FAZ online: Süße Seilschaften, 23.7.2015, http://www.faz.net/aktuell/wissen/heute-in-der-zeitung-zuckersuesse-seilschaften-13713421.html, Stand 26.10.2015
- Hirte, Martin, Impfen Pro und Contra Das Handbuch für die individuelle Impfentscheidung, München, 2012
- Goldacre, Ben: Die Pharma-Lüge. Wie Arzneimittelkonzerne Ärzte irreführen und Patienten schädigen, Kiepenheuer & Witsch: Köln 2013
- Kreiß, Christian (2015), Gekaufte Forschung – Wissenschaft im Dienste der Industrie – Irrweg Drittmittelforschung“, Europa Verlag, Berlin, Mai 2015
- Meier, Christian/Bengoetxea, Aitziber Romero/Trescher, Dino : „Entwicklungshilfe für Konzerne“, in: Technology Review 5 (2012), S. 70–72
- Ober, Stefanie: Partizipation in der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Forschungspolitik und Zivilgesellschaft am Beispiel der Hightech-Strategie, Oekom: München 2014
- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy: Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem, Metropolis: Marburg 2014
- Spiegel online: Uni-Vertrag unter Verschluss: Wie transparent muss Forschung sein? 8.7.2015, http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/geheimvertrag-in-mainz-wie-transparent-muss-forschung-sein-a-1037579.html, Stand 26.10.2015

[24] Marcia Angell, die frühere Chefredakteurin des New England Journal of Medicine, der weltweit führenden medizinischen Fachzeitschrift schlägt zur Finanzierung eines solchen Instituts eine Abgabe auf Gewinne der Pharmaunternehmen vor. Vgl. Angell 2005: S.236.

- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2011, http://www.stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/stiftungsprofessuren/code_of_conduct/ Stand 26.10.2015
- Wehler, Hans-Ulrich: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, C. H. Beck: München [3]2013